



# Kompetenzen austarieren

*Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung*

*Vertragsarztrechtsänderungsgesetz und GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz waren zentrale Themen der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) am 22. und 23. November 2006 in Erfurt.*

**D**er Gesetzgeber hat eindeutig seine Zielrichtung erklärt: die zentralistische Steuerung des Gesundheitswesens. In dieser politischen Gemengelage soll es nach dem Willen der Vertreterversammlung zu einer klaren Kompetenzverteilung zwischen KZBV und den Länder-KZVen kommen. Die Delegierten beschloss eine zeitnahe Tagung der Juristen aller KZVen und eine Klausurtagung aller KZV-Vorsitzenden, um die Spielräume der Gesundheitsreformgesetze auszuloten und um die KZBV mit den Länder-KZVen strategisch neu auszurichten.

## **Gesundheitskarte verzögert sich weiter**

Als einen seiner größten Erfolge im Jahr 2006 bewertete der KZBV-Vorstand die endgültige Etablierung der Zahnersatz-Festzuschüsse bei Politik und Krankenkassen. Im Gemeinsamen Bundesausschuss konnten zahnärztliche Richtlinien für ein Qualitätsmanagement in der Zahnarztpraxis einstimmig beschlossen werden. Wichtige Entscheidungen zum Datenträgeraustausch und zum Gutachterwesen fallen im Bundesschiedsamt am 20. Dezember dieses Jahres. Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte verzögert sich weiter. Die Zahnärzte werden voraussichtlich erst 2009 in Testverfahren eingebunden. Eine für die bayerische KZV relevante Entscheidung war die Erhöhung des Monatsbeitrages für jedes beitragspflichtige Mitglied einer KZV um einen Euro. 60 Cent werden der KZBV als Rücklage für den Berlin-Umzug zugeführt. Die Erhöhung belastet die bayerische KZV mit 103 000 Euro zusätzlich im Jahr.



Klare Position gegen die integrierte Versorgung im zahnärztlichen Bereich: die bayerischen Delegierten.

## **Informations- und Beratungsangebote empfohlen**

Auf Antrag Bayerns und der AG-KZVen beschloss die Vertreterversammlung, die Mehrwertsteuererhöhung in die Verhandlungen mit den Krankenkassen einzubeziehen. Darüber hinaus müsse die KZBV den Gesetzgeber auffordern, klarzustellen, dass im zahnärztlichen Bereich integrierte Versorgungsverträge nicht angezeigt sind. Der Gesetzgeber sei auch darauf hinzuweisen, dass er mit den neuen gesetzlichen Regelungen Wettbewerbsverzerrungen sowie haftungs-, abrechnungs- und steuerrechtliche Probleme verkennt. Die Vertreterversammlung der KZBV lehnt die Einführung eines Basistarifs in der privaten Krankenversicherung ab. Zum Thema Wettbewerb bezogen die Vertreter eine klare Position: Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb sind demnach freie Arztwahl, Erhalt der Freiberuflichkeit, Festzuschüsse und die Erleichterung der Kostenersatzung. Die Delegierten stimmten für den Erhalt kollektiver Vertragsstrukturen und Körperschaftlicher Interessensvertretungen. Die Versammlung empfahl, Informations- und Beratungsangebote zum Zahnersatz auf regionaler Ebene zu entwickeln. Mit dem Bundesverband der Verbraucherzentralen wurde eine Kooperation vereinbart.

Dr. Martin Reißig  
Stv. Vorsitzender der KZVB